

Antrag

der Abgeordneten Peter Rauen, Matthias Wissmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Dr. Hansjürgen Doss, Erich G. Fritz, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Ulrich Klinkert, Werner Kuhn, Hans Michelbach, Elmar Müller (Kirchheim), Günter Nooke, Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Christa Reichard (Dresden), Katherina Reiche, Dr. Heinz Riesenhuber, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Max Straubinger, Dagmar Wöhrl und der Fraktion der CDU/CSU

Versprechungen der Bundesregierung einlösen – Deutschland wieder nach vorne bringen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Die Bundesregierung hat wesentliche Versprechungen ihres Regierungsprogramms von 1998 (vgl. Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20. Oktober 1998 sowie 1. Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 10. November 1998, Plenarprotokoll vom 10. November 1998) nicht eingelöst. Gerade auch in der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist sie gescheitert. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte selbst angekündigt, sich an Erfolgen am Arbeitsmarkt messen zu lassen.
- Deutschland ist beim Wirtschaftswachstum, bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit und beim Abbau der Staatsverschuldung in 2001 und 2002 absolutes Schlusslicht unter allen 15 Mitgliedstaaten der EU.
- Mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um nur 0,6 % war in Deutschland im Jahr 2001 zudem die niedrigste absolute Wachstumsrate seit 1993 (Rezessionsjahr) zu verzeichnen. Für das laufende Jahr ist nicht mit einer durchgreifenden Verbesserung zu rechnen. Das Wachstum wird nach überwiegender Auffassung erneut unter 1,0 % bleiben.
- Diese negative Entwicklung ist nur zum Teil auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 und auf außenwirtschaftliche Einflüsse zurückzuführen. Schon seit dem ersten Quartal 2000 geht das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland von Quartal zu Quartal zurück. Seit dem 2. Quartal 2001 herrscht Stagnation bzw. Rezession. Während der Export im vergangenen Jahr noch 1,6 Prozentpunkte zum Wachstum beitrug, ging die inländische Verwendung (Konsum und Investitionen) im Jahr 2001 um 1,0 % zurück.
- Das vom Bundeskanzler ausdrücklich gesetzte Ziel, die Arbeitslosigkeit in dieser Legislaturperiode unter 3,5 Millionen zu senken und sich daran für die Wiederwahl messen zu lassen, konnte nicht annähernd erreicht werden. Obwohl Jahr für Jahr über 200 000 mehr alte Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als junge nachrücken, wird die Arbeitslosenzahl im Jah-

resdurchschnitt 4 Millionen erreichen oder wohl sogar überschreiten. Hinzu kommt eine verdeckte Arbeitslosigkeit von weiteren 1,8 Millionen. Saisonbereinigt steigt die Arbeitslosigkeit seit Januar 2001 mit nur einer einzigen Unterbrechung von Monat zu Monat ununterbrochen an.

- In Arbeitsstunden gerechnet, ist der Beschäftigungsaufwuchs, der 1997 begonnen hatte, bereits im Jahr 2000 zum Stillstand gekommen. Seitdem geht das Beschäftigungsvolumen spürbar zurück. Der statistische leichte Anstieg der Erwerbstätigenzahl beruht ausschließlich auf der Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten in die Sozialversicherungspflicht und auf der Zunahme der Teilzeitarbeit. In 2001 wurden in Deutschland weniger Arbeitsstunden geleistet als in 1998.
- Dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ist Deutschland in der laufenden Legislaturperiode nicht näher gekommen. Mit 2,7 % erreichte die Verschuldungsquote im Jahr 2001 den höchsten Stand seit 1997 – dies ist mehr als doppelt soviel als im Durchschnitt der EU. Für das laufende Jahr ist auch hier eine Besserung nicht in Sicht.
- Die Chance, durch eine Begrenzung der konsumtiven Ausgaben die Staatsquote spürbar zu senken, wurde vertan. Der Bund hat seine Steuermehreinnahmen (im Jahr 2001 19,2 Mrd. Euro mehr als 1998) nicht zu einer entsprechenden Verringerung seines Defizits genutzt, sondern für eine Erhöhung der konsumtiven Ausgaben verbraucht.
- Die Investitionsquote im Bundeshaushalt ist von Jahr zu Jahr zurückgegangen und im Haushaltsplan für 2002 mit 10,1 % auf einen historischen Tiefstand gesunken. Trotz des aus den Zinersparnissen der UMTS-Erlöse finanzierten „Zukunftsinvestitionsprogramms“ wird der Bund in diesem Jahr über 4 Mrd. Euro weniger als im Jahr 1998 für investive Zwecke ausgeben.
- Die Bundesregierung hat es versäumt, die Gemeindefinanzen auf eine sichere und verlässliche Grundlage zu stellen. Im Jahr 2001 hatten die Gemeinden einen Rückgang ihrer Steuereinnahmen um fast 10 % zu verzeichnen. Durch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage hat die Bundesregierung die Finanzlage der Gemeinden noch verschärft.
- Das Versprechen, die Steuerbelastung der Arbeitnehmer und mittelständischen Unternehmen spürbar zu senken, hat die Bundesregierung nicht eingelöst. Für einen Durchschnittsverdiener gleicht die Steuersenkungsstufe 2001 nicht einmal die Mehrbelastungen durch Ökosteuer und Energiepreisanstieg aus. Für mittelständische Unternehmen wird die geringfügige Senkung des Spitzensteuersatzes durch Verschlechterungen an anderer Stelle (insbesondere die massive Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen) erkauft.
- Die von der Bundesregierung fest angekündigte Senkung der Sozialversicherungsbeiträge unter 40 % (vgl. Koalitionsvertrag vom 20. Oktober 1998, S. 12) wurde nicht erreicht. Im Gegenteil: In allen Zweigen des sozialen Sicherungssystems laufen die Kosten aus dem Ruder. Die Summe der Sozialversicherungsbeiträge ist in 2002 trotz Ökosteuer fast genauso hoch wie in 1998. Weitere Beitragserhöhungen sind bei einer Fortsetzung der bisherigen Politik unausweichlich. Die Regierung packt notwendige Reformen nicht oder aber mit falschen Rezepten an.
- Der Rentenversicherungsbeitrag wurde nicht wie angekündigt nachhaltig gesenkt. Dennoch haben Arbeitnehmer und Betriebe infolge der Ökosteuer inzwischen Mehrbelastungen von insgesamt rund 17 Mrd. Euro jährlich zu tragen. Im laufenden Jahr konnte trotz der zum 1. Januar 2002 vorgenommenen weiteren Erhöhung der Ökosteuer eine Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages nur durch eine Verminderung der Schwankungsreserve um 20 % vermieden werden.

- In der gesetzlichen Krankenversicherung fehlen der Bundesregierung sowohl ein tragfähiges Konzept als auch die Bereitschaft, notwendige Reformen in Angriff zu nehmen. In der Folge steigen die Beiträge trotz Leistungsver schlechterungen auf breiter Front.
- Die Bedingungen für die Aufnahme und Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit wurden im Lauf dieser Legislaturperiode spürbar verschlechtert. Die bürokratischen Belastungen haben im Lauf der letzten Jahre erheblich zugenommen. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist vom Jahr 1998 bis zum Jahr 2001 um rund 10 % zurückgegangen, während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen kontinuierlich gestiegen ist und im Jahr 2001 mit rd. 32 300 einen neuen Höchststand erreicht hat.
- Für Arbeitsuchende wurde der Zugang zum Beschäftigungsmarkt erschwert. Durch die Einschränkungen beim Abschluss befristeter Arbeitsverhältnisse, durch Schaffung eines generellen Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit und die bürokratische Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wurden zusätzliche Einstellungshindernisse geschaffen.
- Durch die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes wurden die Entscheidungsabläufe in den Unternehmen erschwert und vor allem mittelständische Unternehmen mit erheblichen Kosten belastet. Die Chance, die Bedingungen für betriebliche Bündnisse für Arbeit zu verbessern, wurde vertan.
- Das Versprechen, die Lebensbedingungen in den neuen Ländern an die der alten Länder anzunähern, wurde nicht eingehalten. Seit dem Jahr 2000 fallen die neuen Länder sogar wieder zurück. Im Jahr 2000 machte die Wachstumsrate in Ostdeutschland (1,1 %) nicht einmal ein Drittel der Wachstumsrate in Westdeutschland aus (3,3 %); in 2001 kam es dort sogar zu einer Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (minus 0,1 %). Die Arbeitslosenquote ist in den neuen Bundesländern fast zweieinhalb Mal so hoch wie in den alten Bundesländern. Ein wesentlicher Grund dafür ist die weiterhin bestehende Infrastrukturlücke in den neuen Bundesländern (rund 150 Mrd. Euro). Dadurch können die strukturellen Defizite nicht annähernd ausgeglichen werden.
- Die Chancen personalintensiver Dienstleistungsbranchen wie z. B. der Tourismuswirtschaft, deren Arbeitsplätze an den Standort Deutschland gebunden sind, sind nicht genutzt worden.

Der Deutsche Bundestag hält es für notwendig,

- durch einen Politikwechsel einen grundlegenden Kurswechsel insbesondere auch in der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik herbeizuführen;
- die Staatsquote von derzeit knapp 50 % schrittweise und dauerhaft auf unter 40 % zu senken;
- eine große Steuerreform auf den Weg zu bringen, die Arbeitnehmer und Unternehmer deutlich und nachhaltig entlastet und die Benachteiligung von Personenunternehmen gegenüber Kapitalgesellschaften beseitigt. Eckpunkte einer solchen Steuerreform sind ein Eingangssteuersatz unter 15 % und ein Spitzensteuersatz unter 40 %;
- den Anteil der Investitionen an den Ausgaben im Bundeshaushalt zu erhöhen;
- durch eine umfassende Gemeindefinanzreform die finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen zu gewährleisten;
- eine umfassende Bürokratie-Entrümpelungsoffensive zu starten;

- den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und das Arbeitsrecht zu modernisieren;
- Selbständigkeit zu ermutigen und den Mittelstand zu stärken;
- in den sozialen Sicherungssystemen durch eine neue Balance von Eigenverantwortung, privater Risikovorsorge und Solidarität die Ausgabendynamik zu drosseln und die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern schrittweise unter 40 % zu senken und
- die Förderung Ostdeutschlands zu einem besonderen Schwerpunkt der deutschen Politik zu machen.

Berlin, den 15. Mai 2002

Peter Rauen
Matthias Wissmann
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Dr. Hansjürgen Doss
Erich G. Fritz
Kurt-Dieter Grill
Ernst Hinsken
Ulrich Klinkert
Werner Kuhn
Hans Michelbach
Elmar Müller (Kirchheim)
Günter Nooke
Friedhelm Ost
Dr. Bernd Protzner
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Dr. Heinz Riesenhuber
Hartmut Schauerte
Karl-Heinz Scherhag
Max Straubinger
Dagmar Wöhrl
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion